

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/236

8. Dezember 1972

Ich frage Erich Honecker!

Aktuelle Feststellungen zum Thema BRD-DDR

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des amtierenden Fraktionsvorstandes
der SPD im Bundestag

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

"Union" schwimmt gegen den Europa-Strom

CDU und CSU in der WEU-Versammlung völlig
isoliert

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Politischen Ausschusses der
Versammlung der Westeuropäischen Union

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Schon zu Kaisers Zeiten!

Zur Geschichte der Bodenwertzuwachs-Besteuerung

Seite 5 / 45 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chiefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 3-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 866 846 / 866 847
866 848 PPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ich frage Erich Honecker !

Aktuelle Feststellungen zum Thema BRD-DDR

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des amtierenden Fraktionsvorstandes der SPD im Bundestag

Mehr als viele andere Reden und Schriften der letzten Zeit haben die Ausführungen des SED-Sekretärs Erich Honeckers in seinem Interview mit dem amerikanischen Kolumnisten Sulzberger in weiten Bereichen des westlichen Lagers lebhafteste Diskussion ausgelöst. Zwei Bemerkungen sind als besonders herausfordernd aufgenommen worden: Einmal die Festlegung Honeckers gegen jede Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und zum anderen sein offenes Bekenntnis zur Mauer. Konnte man aber in diesen beiden Fragen von Honecker etwas anderes erwarten? Ich meine nein.

Wie könnte man annehmen, daß ein System, dessen Träger und herrschende Klasse, als die sich die SED-Führung selbst darstellt, seit nunmehr 27 Jahren mit geringem Erfolg und unter empfindlichen Rückschlägen seine Staatsbürger zu einem neuen eigenstaatlichen Nationalbewußtsein zu erziehen versucht, zur gleichen Zeit die Liquidierung dieses Staates in seine Strategie einbezieht? Honeckers statisches Denken zeugt allerdings nicht von marxistischer Dialektik und Einsicht in die Prozesse gesellschaftlicher und politischer Veränderung. Ein Diplomat des Ostblocks meinte dieser Tage, den Begriff "immer" gebe es in der Diplomatie nicht. Sollte das nicht auch für die Politik gelten?

Das hartnäckige Festhalten Honeckers an der Mauer kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß wir mit den Verträgen bereits eine zumindest einseitige Maueröffnung erreicht haben, und daß damit begonnen wurde, die Isolierung der DDR-Bevölkerung zu durchbrechen. Das in Gang gekommene Gespräch zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands kann die SED lediglich verzögern, nicht aber blockieren; denn so, wie wir wissen, daß durch keine wie auch immer geartete Politik der Bundesrepublik die internationale Anerkennung der DDR auf die Dauer verhindert werden könnte, so wissen wir auch, daß die SED-Führung die innerdeutsche Begegnung langfristig nicht unterbinden kann, es sei denn, sie wäre bereit, die eingeleitete Friedens- und Verständigungspolitik in Europa zu stören und das ganze westliche Bündnis politisch herauszufordern.

Die neue Ost-West-Politik in Europa leitet eine so weitgehende Verzahnung der Interessen ein, daß jede Störung des Verständigungsprozesses alle Beteiligten berühren müßte, auch die Partner der DDR im Ostblock. Wir können darüber hinaus davon ausgehen, daß unsere Bündnispartner in der NATO und in der EWG sowie die übrigen befreundeten westlichen Staaten unsere Bereitwilligkeit honorieren

und uns - auch aus Eigeninteresse - nicht im Stich lassen würden, wenn ein Bruch der deutschen Vereinbarungen durch die DDR Solidarität notwendig machen sollte.

Herrn Honecker müssen wir offen fragen, ob denn die deutschen Arbeiter in der DDR, die doch angeblich die Staatsgewalt ausüben, von ihm nicht für fähig gehalten werden, sich selbst ein nüchternes Urteil über die Frage zu bilden, in welchem der beiden Teile Deutschlands die 27 Jahre Nachkriegszeit im Interesse der Menschen besser genutzt worden sind? Bedeutet das Gängelband, an dem diese Arbeiter geführt werden, nun eine schlechte Zensur für deren politische Urteilskraft oder nicht vielmehr für das System, das eine solche Gängelung für unverzichtbar hält?

In seinem Interview verlangt Honecker Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der DDR als Voraussetzung für eine Öffnung der Mauer. Was ist nun aber Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates? Ist es etwa mit dem Prinzip der Nichteinmischung vereinbar, wenn ein Vertreter des Zentralkomitees der SED ohne Wissen und Zustimmung der Bundesregierung an einem Parteitag der DKP in der Bundesrepublik teilnimmt und dort auch Stellung bezieht? Wir meinen nein, doch wir nehmen dies hin, weil unsere offene Gesellschaft fähig ist, damit fertig zu werden. Freilich können und wollen wir nichts Ähnliches in der DDR tun. Wenn Honecker an anderer Stelle sagt, er hoffe, daß immer mehr Menschen in der DDR es vorziehen werden, die entsprechenden Grenzübergänge zur Bundesrepublik zu benutzen, so vergißt er hinzuzufügen, daß fast alle Bürger der DDR eben diese entsprechenden Grenzübergänge nicht benutzen können, weil der Staat ihnen die Freizügigkeit verwehrt.

Wir teilen die Auffassung derer, die die Auseinandersetzung um die Freizügigkeit in Deutschland mit Behutsamkeit führen wollen, um auch der SED-Führung Zeit und Luft zu lassen; für einen schwierigen aber unvermeidbaren Prozeß. Aber eines muß Honecker klar entgegengehalten werden: Dieser zweite deutsche Staat ist kein Glück für die Welt und schon gar nicht für Deutschland, was für uns ebenso wichtig ist. Ein gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft wird er nur werden, wenn seine Führung darauf verzichtet, die Bürger dieses Staates vor fremder politischer Zugluft zu schützen und es ihnen gestattet, sich selbst ein Bild vom anderen Teil Deutschlands und von der übrigen Welt zu machen.

Die Mitgliedschaft in der UNO, die Honecker für die DDR anstrebt und die wir nicht verhindern wollen, ist weniger eine Auszeichnung als eine Verpflichtung zu einer offenen demokratischen Gesellschaft. Der Frieden, den wir gemeinsam anstreben wollen, wird auf die Dauer nur Bestand haben, wenn sich durch die Begegnung der Menschen gegenseitiges Vertrauen und gute Nachbarschaft der Völker entwickeln können. (-/8.12.1972/ks/ex)

"Union" schwimmt gegen den Europa-Strom

CDU und CSU in der WEU-Versammlung völlig isoliert

Von Helmut Sieglerschmidt MdB
Mitglied des Politischen Ausschusses
der Versammlung der Westeuropäischen Union

Noch scheinen nur einzelne Abgeordnete der CDU oder gar der CSU der Empfehlung Prof. Dr. Kaltefleiter's von der Konrad-Adenauer-Stiftung folgend am Jungbrunnen der Opposition genippt zu haben. Von dem Beginn jenes schmerzhaften Prozesses des Umdenkens, den die Sozialdemokraten Ende der Fünfziger Jahre durchmachten, ist bei der Opposition unserer Tage kaum etwas zu spüren. Auch heute geht es für die Opposition nämlich darum, zu erkennen, daß man, wenn man von einer "Welt als Wille und Vorstellung" ausgeht, nur lamentierend dem Wagen der Geschichte hinterherläuft, aber keine praktische Politik gestalten kann.

Das wurde erneut bei der Dezember-Tagung der Versammlung der Westeuropäischen Union in Paris deutlich. Der Verfasser hatte dort im Namen des Politischen Ausschusses einen Bericht über das Thema "Europa vor der Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen" vorzulegen, der wegen der Fara- phierung des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und angesichts des Ausganges der Bundestagswahlen in einem Punkt aktualisiert werden mußte. Der vom Berichterstatter selbst deswegen eingebrachte Änderungsantrag, der eine verhältnis-

mäßig zurückhaltende Würdigung des Grundvertrages enthielt, löste sofort heftigen Widerspruch bei den Vertretern von CDU und CSU in der Versammlung aus, die sich hilfesuchend an die Gesamtfraktion der Christlichen Demokraten und Konservativen in der WEU-Versammlung wandte.

Diese waren dadurch in einer schwierigen Situation. Einerseits mochten sie den Appell an ihre Solidarität nicht völlig ungehört verhallen lassen, andererseits ist ja bekannt, daß alle politischen Kräfte in Europa das Zustandekommen dieses Grundvertrages mit Zustimmung aufgenommen haben.

Im Politischen Ausschuß und in einem Gespräch zwischen den Vorsitzenden der Fraktion der Christlichen Demokraten und Konservativen und dem Berichterstatter wurden einige Änderungen vereinbart, die den Kern des vorgesehenen Abschnittes der Präambel nicht berühren. Er lautet danach:

"Die Versammlung stellt fest, daß die Mitgliedstaaten durch ihre ebenso feste wie realistische Haltung in der deutschen Frage wesentlich dazu beigetragen haben, daß ein wichtiger Schritt der Normalisierung in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland dank verschiedener Verträge möglich geworden ist, und daß diese Normalisierung eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung in Europa darstellt."

In der Einzelabstimmung sprachen sich mit Ausnahme der anwesenden Vertreter von CDU und CSU, die dagegen stimmten, nahezu alle anderen Mitglieder der WEU-Versammlung für diesen Text aus. In der Schlußabstimmung über den gesamten Bericht gab es dann sechs Enthaltungen, von denen fünf von CDU- und CSU-Vertretern stammten.

Man kann nur mit einem gewissen Schauern daran denken, was der Bundesrepublik durch die Wählerentscheidung des 19. November erspart geblieben ist!

(-/8.12.1972/bgy/ex)

Schon zu Kaisers Zeiten !

Zur Geschichte der Bodenwertzuwachs-Besteuerung

Als die SPD ihre Vorstellungen zur Bodenreform vorlegte, geriet sie sofort unter konzentrischen Beschuß, vornehmlich wegen ihres klar umrissenen Zieles, auch den noch nicht realisierten Bodenwertzuwachs zu besteuern. "Juso-Manieren" seien das, schrieben die einen, eine "systemverändernde Reform" nannten es folgerichtig andere.

Dabei hatte bereits die schon von der Großen Koalition eingesetzte Steuerreform-Kommission im Gutachten vermerkt, daß es erstmals im Besitzsteuerrecht von 1913 (!) zur Besteuerung eines noch nicht realisierten Vermögenszuwachses gekommen sei. Also schon zu Kaisers Zeiten! Und nach dem 19. November erinnerte die "Stuttgarter Zeitung" in ihrem Wirtschaftsteil daran, daß es das, was heute so umstritten sei, sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik gegeben habe. Art. 155 der Weimarer Reichsverfassung habe z.B. dargelegt: "Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen".

Und die bedeutendste Zeitung jenes Bundeslandes, das die meisten deutschen "Häuslebauer" ausweist, hat dankenswerterweise auch in Erinnerung gerufen, daß sogar lange vor Weimar die Kaiserliche Marineverwaltung in Tsingtau, also im fernen China, eine Zuwachsgrundsteuer einführte: Die Landordnung der Marineverwaltung bestimmte eine Grundsteuer von sechs vH. des gemeinen Wertes, der alle drei Jahre (!) neu geschätzt wurde, damit die Grundsteuer im gleichen Verhältnis mit dem Bodenwert steigen konnte. Und bei der Veräußerung des Grundstücks war vom Verkaufsgewinn ein Drittel an die Marineverwaltung abzuführen, die wiederum ein Vorkaufsrecht hatte, damit niemand wegen der Steuer einen zu niedrigen Verkaufspreis angeben konnte und wollte.

Die "Stuttgarter Zeitung" meinte dazu, daß die Bodenprobleme seinerzeit offenbar nicht nur unkonventionell, sondern auch wirksam gelöst worden seien, denn vor dem Ersten Weltkrieg seien 470 Städte und 13 Landkreise diesem Beispiel gefolgt, und 1913 auch das Reich. Leider nur vorübergehend.

Die höchst bemerkenswerten historischen Ausflüge des Stuttgarter Blattes erscheinen geeignet, die jetzt verstärkt anstehenden Diskussionen zum Bodenrecht zu entkrampfen und zu versachlichen. Denn wer in Koalition und Opposition an eine wirkliche Reform des Bodenrechts gehen will, dürfte nicht an jenen Vorschlägen vorbeikommen, die als "systemverändernd" diskriminiert werden, obwohl sie schon zu Großvaters oder Urgroßvaters Zeiten von systemkonformen Institutionen angewendet wurden.

Jedenfalls sollte niemand mehr als "Enteigner" diffamiert werden, wenn er den Bodenwertzuwachs in die weitere Diskussion bringt.

Herbert Bermeitinger
(-/8.12.1972/ks/ex)